



Afrika/Cote d'Ivoire - Ein Jahr nach den Friedensvereinbarungen von Marcoussis ist das Land immer noch gespalten

Abidjan (Fidesdienst) – Es ist immer noch ein gespaltenes Land. Dies ist das Bild, dass von Cote d'Ivoire (Elfenbeinküste) ein Jahr nach der Unterzeichnung der Friedensvereinbarungen von Marcoussis (Frankreich), mit denen der Krieg zwischen Guerillaeinheiten und Regierungstruppen beendet werden sollte, entsteht. „Sogar was die Friedensvereinbarungen selbst anbelangt sind sich Politiker und Bürger nicht einig“, so Beobachter aus Kreisen der Ortskirche in Abidjan gegenüber dem Fidesdienst. „Einige betrachten die Friedensvereinbarungen nur als Augenwischerei andere betrachten sie als beste Lösung für das Land“.

Die Vereinbarungen von Marcoussis legten fest, dass Präsident Laurent Gbagbo bis Ende seines Mandats im Amt bleiben wird, gleichzeitig sollte eine Regierung der nationalen Einheit geschaffen werden, der alle Parteien angehören, und die bis zum Jahr 2005 Neuwahlen vorbereiten soll, die im Text des Abkommens als „glaubwürdige und transparent“ bezeichnete werden.

„Die Regierung der Nationalen Einheit unter Leitung von Seydou Diarra hat einen Plan für die von den Rebellen geforderten Reformen aufgestellt, wobei insbesondere das Recht auf Staatsbürgerschaft und Grundbesitz berücksichtigt werden soll. Staatspräsident Gbagbo will jedoch zu diesen Fragen eine Volksabstimmung durchführen lassen, Die Opposition befürchtet, dass es sich dabei nur um ein Verzögerungsmanöver handeln könnte“, so die Beobachter. „In Cote d'Ivoire ist wird also immer noch über jene Fragen verhandelt, die 2002 zum Ausbruch des Krieges geführt haben. In diesem Sinne haben die Vereinbarungen von Marcoussis nicht zum Frieden geführt: der Bürgerkrieg wurde zwar beendet und es wurden die Grundlagen für eine Verständigung geschaffen, die jedoch erst noch stattfinden muss.“

Seit Ausbruch des Bürgerkriegs im September 2002 ist das Land trotz der Unterzeichnung der Friedensvereinbarungen im Januar 2003 weiterhin gespalten: die nördlichen und westlichen Landesteilen werden von Guerillabewegungen belagert, die sich unter der Bezeichnung „Forces Nouvelles“ zusammengeschlossen haben. (LM) (Fidesdienst, 26/1/2004 – 29 Zeilen, 295 Worte)